

Zeitschrift: Der Freidenker [1927-1952]
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 16 (1933)
Heft: 12

Artikel: Die Faschisierung der evangelischen Kirche in Deutschland
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-408354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

unruhigen Schlaf darauf reagieren und am Morgen müde und verschlagen erwachen, um von Neuem ins Joch gespannt zu werden, so kann sich jeder eingermassen verständige Mensch vorstellen, was das Resultat einer solchen Erziehungsmethode ist. —

Die Systemslehrer werden sagen, dass zur Erholung der Kinder der Turnunterricht eingeführt worden sei. Ja wohl, zugegeben, die Kinder haben Turnunterricht, und zwar, was diese Lehrer nicht bestreiten können, sage und schreibe volle und ganze zwei Stunden in der Woche. Solchen Lehrern gehört als einzig richtige Antwort die folgende: « Diese zwei Turnstunden in der Woche sind nichts anderes als ein simpler Bauerntrick, sie wahren die Fassade, d. h. sie sind in den Lehrplan aufgenommen worden, damit ja niemand das Recht hat zu behaupten, die körperliche Ausbildung der Kinder werde von der Systemsstaatsschule vernachlässigt. Genau so verhält es sich auch mit dem sogenannten jährlichen Schulausflug. Am Morgen möglichst früh mit dem ersten Zug wird abgefahren, dann marschiert man 2—3 Stunden, dann wird Rast gemacht, um hartgesottene Eier, Schokolade, Schinkenbrötchen und dergleichen mehr zu verzehren, dann wird weiter marschiert, um am Abend müde heimzukommen. Damit ist das grosse und herrliche Buch der Natur für die meisten Kinder wieder für 12 Monate zugeklappt.

Wohl niemand darf es wagen zu behaupten, dass diese Schilderung den Tatsachen nicht entspreche.

Wie ist aber auch die Staatssystemsschule ein Ausbund von Ruhe und ganz speziell von Ordnung. Jede Woche für Woche folgen sich am gleichen Tage und um die gleiche Zeit die ganz gleichen Stunden und Unterrichtsfächer. Ein etwas bössartiger Humorist machte gelegentlich den Vorschlag, aus Ersparnisgründen statt Lehrer zu wählen, Grammophone anzuschaffen, denen jeweils für die Stunden die betreffenden Platten einzusetzen wären. Diese Hyper-Ordnung der staatlichen Systemsschule macht das Leben der Kinder entsetzlich eintönig. Für sie repetiert sich nur die einzige Frage hundert und hundert Male: « Werde ich daran kommen? » Dieser vielleicht ebenbürtig käme noch eine zweite in Frage: « Wann ist die Stunde vorbei? » — Unvorhergesehenes gibt es für die Schüler nur, wenn der Lehrer etwa einmal krank wird. Dann bricht beim Bekanntwerden dieses Ereignisses in der betreffenden Klasse ein grosser Jubel aus, aber gewiss ja nicht, weil der Lehrer krank geworden ist, sondern ganz und gar nur, weil die Kinder dadurch einmal « frei » werden. Diese Tatsachen benötigen keiner weiteren Erörterung, sie sind uns allen nur zu gut bekannt.

Ich gehe weiter und behaupte: « Der Schüler der modernen Staatsschule sitzt beständig auf der Anklagebank. » Auch für diese schwerwiegende Anschuldigung bleibe ich den Beweis nicht schuldig. Weil die moderne Staatsschule die Kinder mit Hausaufgaben überbürdet, so werden sie, was auch leicht zu begreifen ist, in der Erledigung derselben öfters saumselig und lässig. Dadurch wird beim Lehrpersonal Misstrauen erweckt. Dasselbe stellt dann in der Schule eigentlich Verhöre an, um diejenigen herauszufinden, welche nach ihrer Auffassung der Nachlässigkeit wegen Strafe verdienen sollten. Dabei wird noch jedesmal eine sogenannte « Note » in ein Büchlein eingetragen, deren Summe dann am Tage des Gerichtes veröffentlicht, d. h. den Eltern mitgeteilt wird behufs offizieller Belohnung oder Bestrafung. Dieses Notensystem ist direkt unmoralisch, denn es ertötet in den Kinderherzen jegliche natürliche Aufrichtigkeit, es eröffnet der Streberei Tür und Tor, und Streberei ist nicht nur in der Schule, sondern in jeder späteren Lebensstellung ein Grundlaster. Dieses Notensystem ist eben die Anklagebank und gründet sich auf das Misstrauen der Lehrerschaft den Kindern gegenüber. Wegen der ganz verschwindend kleinen Zahl von wirklich schlechten und betrügerisch veranlagten Kindern werden alle über diesen Leist behandelt.

Kein Lehrer sollte es je vergessen, dass alle Kinder ohne Ausnahme, die guten und die schlechten, Fortschritte machen, welche sie früher oder später zu zeigen vermögen. Die mo-

derne Staatsschullehrerschaft aber beobachtet nicht den Fortschritt in der Entwicklung der Kinder, sondern sie tut gerade das Gegenteil. Sie zählt die Fehler, welche die Kinder immer noch machen und betreibt dieses grundsätzlich unpädagogische Spiel als staatlich konzessionierte Vertretung moderner Pädagogik schon Jahrzehnte lang. In einem Diktat z. B. hängt die Note für den Schüler ganz allein nur von der Zahl der Wörter ab, welche er falsch geschrieben hat, die aber, welche er richtig geschrieben hat, zählen nicht mit, und genau so ist es im Rechnen usw. —

Was haben nun diese Noten für eine Bedeutung, denen die heutige Lehrerschaft in überwiegender Grosszahl eine so eminente Wichtigkeit beimisst? Ich persönlich weiss, dass die besten Schüler aus meinen Schuljahren im Leben später unbekannt verschollen oder sehr früh gestorben sind, sie waren also für die Menschheit völlig wertlos. Ihre einzige Befriedigung war, in der Klasse der erste zu sein, und die Arbeit, welche dies verlangte, hat ihre Lebenskraft vollständig aufgezehrt, so dass für das spätere Leben keine Reserve mehr vorhanden war. In der Schule gibt es heute ordnungsgemäss nur: « Ja oder Nein. » Im Leben draussen aber liegt noch etwas sehr Wesentliches zwischen diesen beiden Extremen, nämlich das « Zweifelhafte », ich erinnere nur an die Probleme unseres modernen gesellschaftlichen Lebens, welche weder mit Ja, noch mit Nein definitiv erledigt werden können. An dieser Zwischenstellung gehen viele unserer Schulpädagogen meistens achtungslos vorüber, offenbar deshalb, weil man daraus keine Noten fabrizieren kann. —

Weil die Kinder in diesem Schulzwang jahrelang festgehalten werden, so wissen sie selbstverständlich nicht, was es heisst, « frei zu sein ». Daher, einmal aus diesem « Schulzuchthaus » entlassen, brauchen sie oft viele Jahre, um diese angelegenen Fesseln und Hemmungen los zu werden. Dabei verfügen sie aber nach der Entlassung aus der Schule über 10—12,000 abgesessene Schulstunden. Und letzteres ist ja nach unserer modernen Systempädagogik die Hauptsache.

(Schluss folgt.)

Die Faschisierung der evangelischen Kirche in Deutschland.

In dem deutschen Kaiserreich hatte die evangelische Kirche als Staatskirche eine überragende Machtstellung besessen. Aus dieser Machtstellung wurde die evangelische Kirche in den Jahren nach der sogenannten deutschen Revolution von 1918 von der katholischen Kirche verdrängt. Um diese Machtstellung wieder zu erobern, ging die evangelische Kirche ein Bündnis mit Hitler ein, und zwar noch zu einer Zeit, als die faschistische Bewegung in ihren Anfängen stand. Durch die faschistische Gegenrevolution, die sich jetzt in Deutschland vollzogen hat, hat die evangelische Kirche dieses Ziel erreicht: Die Macht der katholischen Kirche ist gebrochen. Trotzdem hat die evangelische Kirche nicht in vollem Umfange die von ihr erstrebte Machtstellung erlangt. Denn durch die Siege Hitlers ist sie in ein Abhängigkeitsverhältnis zu dem Faschismus geraten, mit dem sie nicht völlig zufrieden ist. Nach den Plänen Hitlers soll die evangelische Kirche die deutsche Nationalkirche werden. Das bedeutet sicherlich für sie einen Machtzuwachs, weil sie als Staatskirche gegenüber den nichtstaatlichen Kirchen privilegiert ist, vor allem gegenüber der katholischen Kirche. Es wird also die durch die Weimarer Verfassung vorgesehene Trennung von Staat und Kirche wieder rückgängig gemacht, um den evangelischen Kirche eine Monopolstellung zu verschaffen. Um den kirchlichen Einfluss in Deutschland zu stärken, ist vorgesehen, dass die deutsche Nationalkirche eine Einheitskirche werden soll. Die zahlreichen in Deutschland bestehenden evangel. Landeskirchen sollen zu einer Einheitsorganisation zusammengefasst werden. Diesem Machtzuwachs der evangel. Kirche steht auf der andern Seite ein Machtverlust gegenüber. Die evangelische Kirche soll nämlich nach dem Willen des Hitlers jedes Selbstbestimmungsrechts beraubt werden, d. h. gerade

desjenigen Rechts, das ihr die Weimarer Republik in so weitgehendem Umfange eingeräumt hatte. Es ist natürlich klar, dass Hitler nur deshalb eine Erweiterung der Machtstellung der evangelischen Kirche wünscht, um sie ganz in den Dienst seiner faschistischen Staatszwecke zu stellen. Er kann als Diktator keine Macht neben sich dulden, die sich nicht der seinigen unterordnet. Die evangelische Kirche soll politisch mit dem faschistischen Regime gleichgeschaltet werden. Um diese «Gleichschaltung» geht augenblicklich der Konflikt zwischen Hitler und der evangelischen Kirche. Der Konflikt ist zum Ausbruch gekommen bei den Verhandlungen, die der nationalsozialistische Pfarrer Müller, der Vertrauensmann Hitlers, mit den Delegierten der evangelischen Landeskirchen geführt hat. Bei diesen Verhandlungen dreht es sich formell um die Frage, welche Verfassung die evangelische Nationalkirche erhalten soll und wer Reichsbischof werden soll. In Wirklichkeit geht der Kampf darum, ob die Kirche eine ausgesprochene Hitler-Kirche wird oder ob sie sich dem Faschismus gegenüber eine gewisse Selbständigkeit bewahrt. Der Konflikt um die Ernennung des Reichsbischofs ist vorläufig beigelegt worden. Man hat sich darauf geeinigt, dass der Pastor Friedrich von Bodelschwingh Reichsbischof werden soll. Bodelschwingh besitzt ein grosses Ansehen. Er ist der Leiter der Wohlfahrtsanstalten Bethel bei Bielefeld, die unter dem Namen «Stadt der Barmherzigkeit» bekannt sind. Bodelschwingh gilt als ein unpolitischer Mann. Er war gerade deshalb von den Vertretern der evangelischen Landeskirchen als gemeinsamer Vertrauensmann vorgeschlagen worden, weil sie hoffen, dass sie dadurch auch gegenüber dem Faschismus ihren angeblich unpolitischen Charakter wahren werden. Hitler hätte es zwar lieber gesehen, wenn die Kandidatur des Pfarrers Müller für den Posten des Reichsbischofs sich hätte durchsetzen lassen. Aber er hat im Augenblick einen offenen Konflikt vermieden, vielleicht auch in der Erwägung, dass eine unpolitische Persönlichkeit wie Bodelschwingh der von ihm erstrebten völligen Faschisierung keinen entscheidenden Widerstand entgegensetzen wird. Die bisher massgebenden Kreise der evangelischen Kirche befürchten diese Faschisierung nämlich aus den verschiedensten Gründen: Die Politisierung der Kirche im Sinne Hitlers ist nämlich unvereinbar mit der christlichen Ideologie, wonach die Kirche als göttliche Einrichtung über den Parteien steht. Die Preisgabe dieser Ideologie würde zu einer weiteren Entfremdung der Kirche gegenüber der Arbeiterschaft führen. Deshalb möchte sie sich nicht einseitig im Sinne der Politik Hitlers orientieren. Es ist ja bekannt, dass die evangelische Kirche niemals unpolitisch gewesen ist. Sie ist vielmehr seit Jahrhunderten eng verknüpft mit den Interessen mehrerer deutscher Herrenkassen, vor allem der Kasse der Grossgrundbesitzer, die in der deutschnationalen Front organisiert sind. Die evangelische Kirche ist die letzte Machtposition dieser Kassen, seit sich die deutschnationale Partei in einem Auflösungsprozess befindet, und der «Stahlhelm» zu den Nazis übergegangen ist. Daraus erklärt es sich, dass vor allem die Junkerkasse mit grosser Zähigkeit ihre kirchliche Machtposition verteidigt. Denn wenn es Hitler gelingt, auch diese Machtposition zu erobern, dann besteht für den Grossgrundbesitz die Gefahr der Enteignung. Wie soll aber die evangelische Kirche gegen diesen drohenden «Nationalbolkschwismus» Stellung nehmen, wenn sie selbst von Hitler beherrscht wird? Schliesslich liegt noch ein weiterer Grund vor, weshalb die evangelische Kirche sich nicht vollends in das Schlepptau Hitlers nehmen lassen will. Sie befürchtet nämlich mit Recht, dass sie im Falle des Untergangs des faschistischen Regimes mit in den Strudel der Vernichtung hineingezogen würde. Anscheinend ist sie von dem Bestande des «Dritten Reichs» nicht so fest überzeugt, als dass sie sich Hitler mit Haut und Haaren verschreiben möchte. Deshalb möchte sie gern ihre bisherige Selbständigkeit bewahren. Ob ihr dies gelingt, wird die Zukunft lehren. Auf den Ausgang des Kampfes kann man gespannt sein.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Kirche.

Im «Schweiz. Protestantenblatt», wo die Herren Pfarrer Waldburger und Baur wiederholt ihre Sympathien zum deutschen Nationalsozialismus bekundet haben, schreibt der «freisinnige» Hr. Pfarrer Baur: «Die zähe Nichtbeachtung der 35,000 Unterschriften für Freigebung (nicht Obligatorischerklärung!) des Schulgebets in Basel spricht Bände für unsere Lage. Die Verdrehung des Gesetzes «Trennung» von Kirche und Staat zu einer «Ausrottung» der Kirche im Geiste des französischen Laizismus sollte jedem Jugendfreund zu denken geben».

Auch diese Worte eines freisinnig sein wollenden Herrn Pfarrers sprechen Bände. Herr Pfarrer Baur findet es mit dem Prinzip der Glaubens- und Gewissensfreiheit vereinbar, Schüler, deren Lehrer beten wollen, zu zwingen, mitzubeten. Unter dem Vorwand, nur Freigebung zu verlangen, wird für viele Schüler doch wieder ein Obligatorium festgelegt.

Wie die 35,000 Unterschriften mit Hilfe dieses oder jenes «beliebten» Herrn Pfarrers und seiner Helfershelfer zusammengekommen sind, wollen wir hier nicht erörtern, nur zum so- undsovielten Mal betonen, dass niemandem verwehrt ist, zu beten. Wer das ehrliche Bedürfnis hat, kann ungestört beten. Was wir Freidenker immer und immer wieder betonen, ist die Forderung, dass mit der Trennung von Kirche und Staat die Kirche kein Recht mehr hat, in Schulangelegenheiten mitzureden. Diese Anmassung aller Kirchen muss zurückgewiesen werden. Sie mögen wirken wo und wie sie wollen, in der Schule haben sie nichts zu suchen. Wir machen keinen Lehrer lächerlich, wenn er glaubt, beten zu müssen; das kann er auf dem Weg zur Schule, ebenso jene Schüler, die von ihren Eltern dazu angehalten werden. Aber das gemeinsame Gebet noch nicht gereifter Menschen ist «leer und kalt».

Es ist einfach Herrscherwille protestantischer und katholischer Pfarrer, wenn sie sich beklagen, die Kirche werde «ausgerottet». Gewiss, wir Freidenker sind keine Freunde der Kirche, auch ausserhalb der Schule nicht, aber durch Eliminierung des Schulgebets aus dem Lehrprogramm treten wir der Kirche als solche nicht zu nahe, wir weisen sie einfach in ihre Schranken.

Herr Pfarrer Baur meint, der sich in der Ausrottung kundmachende französische Laizismus müsse jedem Jugendfreund zu denken geben. — Es muss jedem Jugendfreund zu denken geben, wenn freisinnige Pfarrer derart mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit umspringen. Einst war der Freisinn stolz auf die errungene Glaubens- und Gewissensfreiheit, heute ist er so sensibel, dass er wieder in die Kirche flüchtet und betet: «Herr, bleib bei mir, denn es will Abend werden».

Eugen Traber, Basel.



Der Gegner an der Arbeit.



Kirchliche Beratungsstelle im Freidenkerhaus.

Im Berliner Freidenkerhaus, der bisherigen Zentrale des Deutschen Freidenkerverbandes, ist von der Berliner Evangelischen Kirche in Verbindung mit dem zuständigen Gemeindepfarrer eine Evangelische Beratungsstelle für kirchliche Angelegenheiten, insbesondere für den Wiedereintritt in die Kirche, eingerichtet worden. Der Deutsche Freidenkerverband, der etwa 500,000 Mitglieder umfasst, verkörperte innerhalb der Freidenkerbewegung die sozialistische Richtung.

So berichtet «Der Tag» vom 14. Mai. Nach der gewalttätigen Unterdrückung der deutschen Freidenker-Verbände, nach der Unmöglichmachung des rein wissenschaftlichen, von Ernst Häckel gegründeten Monistenbundes und seiner vorzüglichen Zeitschrift «Die Stimme der Vernunft», also noch Diebstahl, unrechtmässige Besitzergreifung fremden Eigentums durch die protestantische Kirche, die lehrt, «Du sollst nicht stehlen», durch dieselbe Kirche, die uns Freidenkern stets Unmoral vor-